



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 0886890

P/XVI/1 - 2. Januar 1961

Für veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Im eigenen Feuer</u> Schwankende Kanzlerpartei	49
2	<u>Ein rechtes Wort zur rechten Zeit</u> Zur Sylvesteransprache des Bundespräsidenten	39
3	<u>Ausgerechnet in Bonn</u> Gibt es einen "Fall Landgerichtspräsident Dr. Becker"?	31
4	<u>Zurückhaltend und skeptisch</u> Das Verhältnis Belgrad-Bonn, an der Jahreswende Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher	41
5	<u>Nicht gefährlicher als Autofahren?</u> Atomenergiebehörde diskutierte über Gefährlichkeit der radioaktiven Abfälle Von Bruno Kuster, Genf	53

\* \* \* \* \*

Im eigenen Feuer

Schwankende Kanzlerpartei

sp- Gleich zu Beginn des neuen Jahres wird sich die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag zu einigen innenpolitischen Fragen klar äussern müssen, die im vergangenen Jahre von ihr nicht beantwortet wurden. Hierbei ist die Kanzlerpartei in der unangenehmen Lage, dem in den eigenen Reihen sicht- und hörbar gewordenen Kreuzfeuer ausgesetzt zu sein.

Die Reform der Krankenversicherung drängt zur Entscheidung. Die CDU/CSU hat sich in der langwierigen Diskussion über dieses Gesetzeswerk innerlich völlig zerstritten und im Augenblick rätseln ihre führenden Leute darüber, wie man sich aus der Affäre ziehen könnte, ohne das Gesicht zu verlieren. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hatte angesichts der Entscheidungsunfähigkeit der Kanzlerpartei vorgeschlagen, noch in dieser Legislaturperiode ein Vorschaltgesetz im Bundestag mit grosser Mehrheit durchzubringen, durch das jene Probleme der Krankenversicherung gelöst werden, über die es keine wesentliche Meinungsverschiedenheiten mehr gibt. Bei der CDU/CSU hat man längst eingesehen, dass dieser SPD-Vorschlag vernünftig war. Aber Angst vor Prestigeverlust und die Furcht, der SPD öffentlich zu bescheinigen, sie habe recht gehabt, hat nunmehr die gesamte Gesetzesvorlage in einem Dschungel von Vorschlägen und Gegenvorschlägen versacken lassen.

Nicht viel anders geht es der Kanzlerpartei mit Schröders Entwurf zu einem Notstandsgesetz. Die CDU/CSU weiss genau, dass die Vorstellungen des Bundesinnenministers nicht nur bei der SPD und den Gewerkschaften, sondern auch in starken Gruppen ihrer eigenen Partei auf Widerstand stossen. Die SPD-Fraktion hat daher ihre Bereitschaft zu Verhandlungen erklärt, wartet aber immer noch auf das Erscheinen der offiziellen von der CDU nominierten Verhandlungspartner. Vielleicht ist die Annahme nicht abwegig, dass die CDU/CSU dieses Gesetz in den nächsten Wochen und Monaten "versanden" lassen will, um nicht den Bundesinnenminister blossstellen zu müssen.

Wie ein schweres Bleigewicht hängt der Kanzlerpartei auch der Schrödersche Gesetzentwurf für die Regelung der Ein- und Ausreise von und zur Bundesrepublik nach der sowjetischen Besatzungszone an. Der grösste Teil der deutschen Publizistik hat dem Bundesinnenminister bescheinigt, dass er mit diesem Gesetzentwurf den Rest des legalen innerdeutschen Verkehrs umbringen und praktisch dem Ullrichregime in die Hände arbeiten würde. Auch die CDU/CSU weiss das. Sie sucht daher nach einem Ausweg und hofft, dass Schröder sein als innenpolitisch gegen die SPD gerichtetes Manöver abblasen möge. Der schlechte Trick Schröders, die Opposition im Rahmen der Diskussion über sein völlig unzulängliches Gesetz als weniger "abwehrwillig" gegenüber dem Kommunismus darzustellen, als die Kanzlerpartei, hat weder in Deutschland noch im Ausland verfangen.

So wird sich die Regierungspartei etwas Besseres einfallen lassen müssen, ohne hierbei ihren eigenen Innenminister in die Ecke zu stellen. Zugegeben, das ist eine schwierige Aufgabe, aber es lohnt sich, sich in Angriff zu nehmen. Sonst würde im Jahre 1961 - bis zur kommenden Bundestagswahl - auch dieses Problem auf der Sollseite der Regierungsbilanz offenbleiben.

Ein rechtes Wort zur rechten Stunde

"Der im neuen Jahr bevorstehende Wahlkampf bietet Gelegenheit zu beweisen, daß wenigstens ein allgemeines Bemühen vorhanden ist, die Grundsätze demokratischen Lebens zur allgemeinen unantastbaren Grundlage zu machen; Sachlichkeit der Auseinandersetzung, Bereitschaft, auch den anderen zu hören, keine Verketzerung des Gegners". (Aus der Sylvesteransprache des Bundespräsidenten)

sg - Mögen diese Worte des Bundespräsidenten Dr. Lübke die allgemeine Beachtung verdienen, die ihnen gebührt. Unser Volk braucht, auch und vielleicht gerade in einem Wahljahr, die Betonung des inneren Zusammenhaltes, keine Selbstzerfleischung. Das schließt harte Auseinandersetzung nicht aus, aber der Geist der Fairness darf dabei nicht zu kurz kommen. Die Demokratie lebt von Ringen der besten Geister um den richtigen Weg. Demokraten, auch wenn sie in großen und kleinen Fragen unterschiedliche Meinungen haben, sollten sich als Weggenossen betrachten, nicht als Feinde, die untereinander einen unerbittlichen Kampf bis aufs Messer führen. Das leichtfertig hingeworfene Wort, ein Sieg der Sozialdemokratie bedeute den Untergang Deutschlands, hat ohnehin seinerseits großen Schaden angerichtet, Verwirrung in uns befreundeten Ausland ausgelöst, Zweifel an der Beständigkeit und Lebensstärke der jungen deutschen Demokratie erweckt und auf große Teile unserer Jugend abstoßend gewirkt. Es sollte endgültig in der Mottenkiste begubben liegen und keine neue Auferstehung erfahren.

Der Bundespräsident verdient Dank und Anerkennung dafür, daß er zur rechten Stunde die richtigen Worte fand, sie sind eine an alle im politischen Kampf stehenden Kräfte gerichtete Mahnung, Maß zu halten und über das Trennende nicht das alle Verbindende zu vergessen. Wir gehen schweren Zeiten entgegen, dunkel und unübersichtlich ist die Wegstrecke, die vor uns liegt. Die unversöhnlichen Gegner der Deutschen Demokratie und der Bundesrepublik, zwar gering an Zahl, rüsten sich zum Angriff, ihnen dürfen die großen demokratischen Parteien durch die Art, wie sie den Wahlkampf führen werden, keine weichen Stellen bieten. Ihnen obliegt die Verpflichtung, alles zu vermeiden, was zur innenpolitischen Selbstzerstückelung beiträgt, den Zynismus weckt und im Volke das Gefühl auslöst, das Politische sei doch eine schmutzige Sache. Das hatte wohl Bundespräsident Dr. Lübke im Sinn, und er sprach damit Empfindungen an, die im demokratisch bewußten Staatsbürger sehr lebendig sind.

Ausgerechnet in Bonn

(BB) Wird es ausgerechnet in der Bundeshauptstadt einen Skandal um einen hohen Richter geben? Diese Frage ist in Bonn akut, seit Landgerichtspräsident Dr. Becker Gegenstand peinlicher Untersuchungen über seine Vorgangenhait ist. Schon jetzt steht fest, das der Landgerichtspräsident früher an Gerichten tätig war, die nach rechtsstaatlicher Auffassung nicht zu qualifizieren sind. Jetzt wird geprüft, wie es um den Wahrheitsgehalt der Beckerschen Behauptung steht, er habe sich NS-Sondergerichten nur gegen seinen Willen zur Verfügung gestellt und sein Bestes getan, um Unrecht zu verhindern.

Am dem Fall des Bonner Landgerichtspräsident ist indessen nicht nur peinlich, dass er gleichsam direkt unter den Augen der ausländischen Diplomatie den Typ des Richters repräsentiert, der in jedem Regime reüssiert. Er ist auch deshalb unangenehm, weil es heisst, Becker verdanke seine Avancement in der Bundeshauptstadt dem christlich-demokratischen Justizminister von Nordrhein-Westfalen, Flehinghaus. Es wird nun geprüft, ob Flehinghaus seinen Parteifreund Becker zum Landgerichtspräsidenten machte, obschon er wusste, dass es um Beckers richterliche Vorgangenhait nicht zum Besten steht.

Dass Becker nicht das Ideal eines leitenden Richters ist, wird in Bonn mittlerweile selbst in CDU-Kreisen eingeräumt. Andererseits aber ist in der Bundeshauptstadt der Glaube verbreitet, Becker werde gleichwohl einem Skandal entgehen, weil die CDU wenig Veranlassung sieht, vor den Nordrhein-Westfälischen Kommunal- und den Bundestagswahlen einen Eklat um einen Richter zu sachen, der einer der ihren ist. Ausserdem wird in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass es nur wenig Mittel gibt, unabsatzbare Richter, deren Vorgangenhait anstössig ist, aus ihrem Dienst zu entfernen: in Schleswig-Holstein sind bislang erst zwei Richter und ein Staatsanwalt "freiwillig" in Pension gegangen.

Zurückhaltend und skeptisch

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Bei der zu Abschluss des Jahres von Staatschef Tit gezogenen Bilanz der jugoslawischen Aussenpolitik kam die fast das ganze Jahr hindurch recht heftig angegriffene Bundesrepublik noch glimpflich davon. Wenngleich an letzter Stelle genannt, war sie doch in einer Reihe mit anderen westeuropäischen Staaten zu finden, mit denen sich die jugoslawischen Beziehungen, insbesondere im kulturellen und wirtschaftlichen Bereich -nach Staatschef Titos Worten- recht gut entwickelten.

Im Falle Bonn dürfte sich dies mehr auf die wirtschaftliche denn kulturelle Seite beziehen. Denn hier ist es trotz des anfänglichen Bonner Widerstandes schliesslich doch zur Gewährung einer finanziellen Unterstützung der jugoslawischen Devisen- und Aussenhandelsreform durch ein privates Bankenkonsortium der Bundesrepublik gekommen. Hatte man in politischen Kreisen der jugoslawischen Hauptstadt bereits vor Verwirklichung dieses Projektes durchblicken lassen, man würde einen bundesdeutschen Beitrag als eine positive Geste gegenüber Belgrad auffassen, so lässt dies andererseits keine sensationell entgegenkommenden Reaktionen der jugoslawischen Regierung erwarten. Die in letzter Zeit gemilderte Schreibweise der jugoslawischen Presse über die Bundesrepublik, sowie die Tatsache, dass sich der Sprecher des Belgrader Ausserministeriums jeßen Kommentar zur Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Handelsvertrages versagte, sind sicherlich schon Konzessionen.

Bezüglich der jedoch in den letzten Wochen durch das Interview des jugoslawischen Ausserministers Popovic in Rom wieder etwas in den Vordergrund gerückten Frage der möglichen Wiederherstellung der deutsch-jugoslawischen Beziehungen darf kaum etwas Neues erwartet werden. Staatschef Tito hat indirekt, dafür aber klar genug die Antwort auf die seinerzeit vom Bonner Auswärtigen Amt erneut bekräftigte "Hallstein-Doktrin" gegeben. Ohne sich ausdrücklich zu der These von der Existenz zweier deutscher Staaten zu bekennen -dafür lag ja keine Notwendigkeit vor-, machte Tito für den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Bonn und Belgrad ausschliesslich die Bundesrepublik verantwortlich. Die in Belgrad immer vertretene Folgerung aus dieser Einschätzung, dass demnach jede Initiative zur eventuellen Wiederherstellung dieser Beziehungen von Bonn auszugehen habe, blieb erst gar nicht ausgesprochen. Glaubt man doch in Belgrad, dass eine Normalisierung des bundesdeutsch-jugoslawischen Verhältnisses gar nicht mehr so sehr von den beiden Ländern abhängt, sondern wohl nur im Rahmen einer globalen Ost-West-Entspannung Aussichten auf Verwirklichung hat.

\* \* \*

Nicht gefährlicher als Autofahren?

Von Bruno Kuster, Genf

An einer von der Internationalen Atomenergiebehörde in Wien veranstalteten öffentlichen Versammlung zur Frage der Beseitigung der radioaktiven Abfälle gaben verschiedene Fachleute Aufschluss über die heute als ungefährlich eingeschätzten Methoden. Grob gesehen werden gegenwärtig zwei Wege befolgt: Stark radioaktive Abfälle werden in Betonbehältern ins Meer versenkt oder in Felsenhöhlen oder verlassenen Gruben eingelagert. Schwach radioaktive Stoffe werden - mit Wasser oder Luft verdünnt - in Flüsse oder die Atmosphäre abgegeben. Die Entscheidung, welche Methode in einem gegebenen Fall angezeigt ist, hängt davon ab, welche Strahlungsdosis als "ungefährlich" erachtet wird.

Ohne die Ernsthaftigkeit der diesbezüglichen Forschungen in Frage stellen zu wollen, sind jedoch zwei Überlegungen anzustellen, die nicht leichtfertig beseitigt werden können. Erstens beseitigt keine der heute bekannten Methoden die Radioaktivität absolut, sondern hält sie lediglich innerhalb von Grenzen, die als "annehmbar" bezeichnet werden. Zweitens fehlen ganz einfach noch die Erfahrungen hinsichtlich der langfristigen Wirkungen der Radioaktivität, auch wenn diese im Augenblick für den Organismus für unschädlich gehalten wird. Schließlich ist zu bedenken, dass die radioaktiven Abfälle in den kommenden Jahren quantitativ sprunghaft zunehmen werden.

Auf die Frage, wie man beweisen könne, dass die als zulässig bezeichnete Strahlungsmenge in der Zukunft keine genetischen Schädigungen hervorrufen werde, antwortete H.J. Dunster, Berater der britischen Atomenergiebehörde: "Gibt es eine Grenze, unterhalb welcher Strahlungen völlig gefahrlos sind? Im Augenblick wissen wir darüber nichts, und es ist ausserdem sehr wohl möglich, dass wir nie etwas wissen werden."

Da diese Antwort nicht gerade ermutigend ist, wurde sie durch eher "philosophische" Überlegungen ergänzt: jede Tätigkeit des Menschen sei in gewissem Ausmass gefährlich. Alles hänge im Grunde genommen von einer moralischen Entscheidung ab. "Ich glaube gegenwärtig, dass wir eingestehen müssen, dass jede Strahlendosis einen gewissen Schaden verursachen kann." Aber auch das Autofahren sei gefährlich. Wer ein Auto lenke, nehme die Gefahr in Kauf, Mitmenschen zu verletzen oder gar zu töten. Jede technische Unternehmung (Bauten, Fabriken usw.) schliesse dieses Risiko in sich. "Die Frage liegt kaum anders, wenn es sich um die Atomenergie handelt... Grundsätzlich geht es um eine Entscheidung, die so alt ist wie die Menschheit, um eine moralische Entscheidung."

Die Ehrlichkeit dieser Argumentation verfehlt sicher nicht einen gewissen Eindruck. Es wäre heuchlerisch, von den Meistern der Atomenergie mehr Rücksichtnahme zu fordern als von irgendeinem Automobilisten oder Motorradfahrer. Aber besteht nicht ein grundsätzlicher Unterschied zwischen einem auf einen einzigen oder einige wenige Menschen beschränkten Unfall und der Inkaufnahme der Schädigung der zukünftigen Generation, von eigentlichen "Atc"-unfällen ganz zu schweigen? Die Wahrheit ist wohl die, dass sich die Menschheit noch nie rechtzeitig überlegt hat, ob sie gewisse Risiken eingehen will oder nicht. Hinterher versucht man dann früher oder später, die zu spät erkannten Gefahren in möglichst engen Grenzen zu halten... Ob dieses empirische Vorgehen im Atomzeitalter aber noch hingenommen werden kann, ist füglich zu bezweifeln. Die einzige Hoffnung besteht darin, durch eine wirksame und lückenlose internationale Zusammenarbeit die Entwicklung wenigstens unter Kontrolle zu halten.

+ + +